presse

Weibliche Genitalverstümmelung beenden – Betroffenen helfen

Zum Internationalen Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung am 6. Februar erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

Die Beschneidung weiblicher Genitalien ist ein Gewaltakt gegen Frauen und Mädchen. Dies ist eine schwere Menschenrechtsverletzung, als solche seit 1995 international anerkannt und durch nichts zu rechtfertigen, auch nicht mit der Achtung kultureller Traditionen unterschiedlichster Art. Weibliche Genitalverstümmelung ist eine menschenrechtswidrige Praxis und muss endlich weltweit geächtet und beendet werden.

Dieser Brauch gefährdet Mädchen und junge Frauen auch bei uns. Um die betroffenen Mädchen und Frauen besser zu schützen, wird die SPD-Bundestagsfraktion in Kürze einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Genitalverstümmelung in den Bundestag einbringen.

Jedes Jahr erleiden weltweit circa drei Millionen Mädchen die brutalen Verstümmelungen und tragen dabei nicht nur bleibende körperliche Verletzungen und chronische Schmerzen, sondern auch ein lebenslanges psychisches Trauma davon. Weltweit sind mehr als 140 Millionen Mädchen und Frauen beschnitten. Die meisten Betroffenen leben in Afrika und in einigen Ländern Asiens. In manchen afrikanischen Regionen sind mehr als 90 Prozent der Frauen, die älter als 14 Jahre sind, beschnitten. In Ägypten beispielsweis sind 91 Prozent der Frauen verstümmelt.

Weibliche Genitalverstümmelung kann überwunden werden, das zeigen viele positive Beispiele aus Afrika. So hat sich in Benin im Jahre 2005 in einer landesweiten Zeremonie von der weiblichen Genitalverstümmelung losgesagt. Auch in Kenia gibt es ein Projekt, das es geschafft hat, die dortige Gesellschaft von Grund auf zu verändern. Obwohl weibliche Genitalverstümmelung in Kenia verboten ist, ist die Praxis nach wie vor weit verbreitet. Das macht es schwer, ein Umdenken in den Köpfen der dortigen Gesellschaft zu bewirken. Durch Seminare und Informationsveranstaltungen wurden jedoch bereits erste große Erfolge erzielt: Die Beschneidungsrate konnte durch Aufklärungsarbeit in dem

betreffenden Gebiet um 50 Prozent gesenkt werden.